

## Offener Brief an die Politik

An die Bundesregierung, die Landesregierungen, die Minister und Abgeordneten!

Erkennen Sie endlich die Zeichen der Zeit!

Deutschland wird nicht länger von Kohle & Stahl dominiert. Während alte Industrien verschwinden, gewinnt der Tourismus immer mehr an Bedeutung – gerade mit dem 9. Übernachtungsrekord in Folge.

Da geht es längst nicht mehr um ein wenig Fremdenverkehr in strukturschwachen Gebieten! Der Tourismus – in erster Linie Gastronomie und Hotellerie – ist mit ihren Milliardenumsätzen und Hunderttausenden von Arbeitskräften zu einem Keyplayer des Wirtschaftsstandortes Deutschland geworden. Und zwar weniger dank der Unterstützung des Staates, sondern vielmehr trotz aller staatlichen Gängelung und Bevormundung.

Begreifen Sie endlich die Chancen dieser Entwicklung und hören Sie als erstes auf damit, das Gastgewerbe zu kriminalisieren und eine ganze Branche unter Generalverdacht zu stellen. Sie haben es in der überwältigenden Mehrheit – noch – mit mittelständischen, inhabergeführten Betrieben zu tun.

Natürlich darf und soll der Staat die Bücher prüfen lassen und kontrollieren, ob z.B. Menschen illegal beschäftigt werden oder alle Mitarbeiter den Mindestlohn erhalten. Aber dazu ist es nicht nötig, schwerbewaffnete Überfallkommandos des Zolls einzusetzen oder arrogante Prüfer, die kleinen Wirten schon am ersten Tag unverhohlen klar machen: „Bei Dir find' ich bestimmt etwas. Und dann mach ich Dich mit Zuschätzungen fertig.“ – Und auch jede schon sprichwörtlich gewordene gesprungene Fliese ist bei Hygienekontrollen kein Grund, Betriebe mit hohen Strafen zu belegen.

Jeder Gastro-Unternehmer versteht, dass Kontrollen sein müssen. Wer mit schwarzen Kassen hantiert, wer „Illegale“ beschäftigt oder wer verdorbene Lebensmittel nicht entsorgt, der soll die Härte des Gesetzes zu spüren bekommen. Aber die große Mehrheit der gastgewerblichen Betriebe, die nach bestem Wissen und Gewissen arbeiten und Leistungsträger dieses Staates sind, hat einen Anspruch auf eine angemessene und faire Behandlung.

Der Generalverdacht, der wie ein Damoklesschwert über der gesamten Branche lastet, muss weg. Das würde dann auch den Blick freimachen für weitere unnötige Belastungen und Beschränkungen, mit denen Gastro-Unternehmer zu kämpfen haben. Wir wollen hier nur die gravierendsten Problemfelder anschneiden:

+ Unflexible Arbeitszeiten: Die Gastronomie ist – aus Sicht des Staates glücklicherweise – eine arbeitsintensive Branche. Gerade die kleineren, inhabergeführten Betriebe haben gewiss nicht vor, ihre Mitarbeiter durch Roboter oder Künstliche Intelligenz zu ersetzen. Aber die Branche ist saisonal geprägt und event-orientiert. Wenn entgegen der Wettervorsage plötzlich Sonnenschein herrscht, erwarten die Gäste, dass die Bier- und Gastgärten geöffnet sind. Wenn eine Hochzeit länger als geplant gefeiert wird, hätten die Besucher kein Verständnis, wenn der

Wirt nicht mitspielt... Gerade in solchen Fällen sind flexible Arbeitszeiten, in Ausnahmefällen auch länger als 10 Stunden (bei entsprechendem Freizeitausgleich für die betroffenen Mitarbeiter), ein Muss in der Gastronomie. Solche flexible Regelungen stehen auch im Einklang mit der EU-Arbeitszeitrichtlinie. Warum zögert der deutsche Gesetzgeber, flexible Arbeitszeitmodelle zu erlauben?

+ Überbordende Bürokratie: Die Branche leidet unter einer ständig steigenden Flut an Bürokratie (Hygiene-Dokumentationspflichten, DSGVO, Arbeitszeit-Dokumentation, Allergen-Verordnung, etc.). Die nötige Büroarbeit mag von großen Konzernen oder Franchise-Unternehmen mit entsprechenden Abteilungen zu leisten sein, aber nicht von einem kleinen Gastro-Betrieb. Wenn Sie die gastronomische Fülle in diesem Land erhalten wollen, sind Sonderregelungen für Einzelbetriebe dringend nötig.

+ Mehrwertsteuer in der Gastronomie: Sind Sie als Amtsträger nicht per Eid verpflichtet, den Wohlstand des Landes zu mehren? Wenn Sie ihre ideologischen Scheuklappen ablegen würden, hätten sie längst erkannt, wie segensreich sich die Senkung der Mehrwertsteuer in der Hotellerie auf die deutsche Volkswirtschaft ausgewirkt hat. Diese Steuersenkung hat ein Investitionsfeuerwerk entfacht und den Tourismusstandort Deutschland auf ein neues Level gehoben. Eine entsprechende Senkung der Mehrwertsteuer in der Gastronomie würde diese positiven Folgen noch potenzieren – aufgrund der viel höheren Zahl der Betriebe. Sie würde eine Investitionslawine auslösen, die flächendeckend wirkt und überall im Land die regionalen Wirtschaftskreisläufe stärkt.

Nebenbei bemerkt: 7 % MwSt. in der Gastronomie würde auch die himmelschreiende und eigentlich unfassbare Ungerechtigkeit beseitigen, dass frisch zubereitete Speisen mit 19 % MwSt. betrafft werden, während Fastfood to go (Essen im Stehen) samt dem damit erzeugten Verpackungsmüll mit 7 % belohnt werden.

Wann ziehen Sie endlich die Konsequenzen?

Tourismusmoden kommen und gehen! Ein elementarer Bestandteil des deutschen Tourismuswunders ist unsere einzigartige Gastro-Landschaft mit ihren regionalen Spezialitäten. Die Gäste aus dem In- und Ausland kommen nicht zu uns, um in denselben austauschbaren Filialbetrieben einzukehren, die sie auch von zu Hause her kennen. Tolle Natur gibt's auch anderswo. Den Charme des Reiselandes Deutschland machen gerade die vielen unverwechselbaren originellen inhabergeführten Restaurants und Wirtshäuser aus.

Wenn Sie nicht endlich gegensteuern, droht dieser Zweig der deutschen Gastronomie wegzubrechen.

Erst stirbt das Wirtshaus, dann das soziale Leben in der Gemeinde – und am Ende der Tourismus!

Handeln Sie jetzt, bevor es zu spät ist!

Wir stehen zu Deutschland. Wir wollen unseren Gästen gute Gastgeber und unseren Mitarbeitern verlässliche Arbeitgeber sein. Lassen Sie uns nicht länger im Regen stehen!

Mit freundlichen Grüßen

Fachzeitschrift Gastronomie-Report als Sprachrohr der Gastronomie

Willy Faber (Verleger) & Josef Stadler (Chefredakteur)